Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10434

20. 04. 98

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. Dezember 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der Rentenversicherung und der Unfallversicherung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden, insbesondere für den Fall, daß sich die betroffenen Personen im jeweils anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung und die Unfallversicherung. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der Betroffenen im anderen Vertragsstaat. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und bulgarischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist. Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

2. Vollzugsaufwand

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten im Verwaltungsvollzug.

E. Sonstige Kosten (z.B. Kosten für die Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme)

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung ergeben.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (311) – 806 06 – Ab 59/98

Bonn, den 20. April 1998

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. Dezember 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 723. Sitzung am 27. März 1998 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 17. Dezember 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden, in Sofia am 17. Dezember 1997 unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit,
2. Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Die Vereinbarungen können auch Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung vorsehen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 17 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geldleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 17 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 8 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Durch diese Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 8 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet. Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß für die knappschaftliche Rentenversicherung.

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung ergeben.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Bulgarien –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Bulgarien
   das Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien;

2. „Staatsangehöriger"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Bulgarien
   einen Staatsangehörigen der Republik Bulgarien im Sinne der Verfassung der Republik Bulgarien;

3. „Rechtsvorschriften"

   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) jeweils erfaßten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;

4. „zuständige Behörde"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,

   in bezug auf die Republik Bulgarien
   das Nationale Versicherungsinstitut;

5. „Träger"

   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfaßten Rechtsvorschriften obliegt;

Спогодба между Федерална република Германия и Република България за Социална сигурност

Федерална република Германия

и

Република България

водени от желанието да уредят своите взаимоотношения в областта на социалната сигурност,

се споразумяха за следното:

Част I

Общи разпоредби

Член 1

Определяне на понятията

(1) В тази Спогодба долуизброените понятия имат следните значения:

1. "територия":

   по отношение на Федерална република Германия
   територията на Федерална република Германия

   по отношение на Република България
   територията на Република България;

2. "гражданин":

   по отношение на Федерална република Германия
   германец по смисъла на Основния закон за Федерална република Германия

   по отношщние на Република България
   гражданин на Репблика България по смисъла на Конституцията на Република България;

3. "правни разпоредби":

   законите, наредбите, уставите и другите общи правни актове, които се отнасят до обхванатите от предела на действие на тази Спогодба (член 2, алинея 1) съответни области и системи на социална сигурност;

4. "Компетентен орган":

   по отношение на Федерална република Германия
   Федералното министерство на труда и социалния ред,

   по отношение на Република България
   Националният осигурителен институт;

5. "носител на осигуровката":

   институцията или органът, на който е възложено изпълнението на правните разпоредби, съгласно член 2, алинея 1 на тази Спогодба;

6. „zuständiger Träger“

   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

7. „Beschäftigung“

   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

8. „Versicherungszeiten“

   Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

9. „Geldleistung“ oder „Rente“

   eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

6. “компетентен носител на осигуровката”:

   компетентният носител на осигуровката съгласно прилаганите правни разпоредби;

7. “заетост”:

   заетост или дейност по смисъла на прилаганите правни разпоредби;

8. “осигурено време”:

   време, през което са плащани вноски и е извършвана трудова дейност, определено като такова в правните разпоредби, съгласно които, то е придобито, както и друго подобно, ако то се признава за равностойно на осигуреното време в тези правни разпоредби;

9. “плащане” или “пенсия”:

   пенсия или друго плащане, включитенлно всички добавки, помощи и повишения;

(2) Другите понятия имат значението, което те имат съгласно прилаганите правни разпоредби на съответната договаряща се страна.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die
   a) Unfallversicherung in bezug auf Renten oder einmalige Geldleistungen,
   b) Rentenversicherung,
   c) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
   d) Alterssicherung der Landwirte;
2. auf die bulgarischen Rechtsvorschriften über
   a) Renten wegen Alters,
   b) Invaliditätsrenten wegen allgemeiner Erkrankung, eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit,
   c) Zivilinvaliditätsrenten,
   d) Hinterbliebenenrenten aus den oben genannten Rentenarten.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

Член 2

Обхват на действие

(1) Тази Спогодба се отнася за:

1. германските правни разпоредби за:
   а) осигуряването при злополуки във връзка с пенсии или еднократни плащания,
   б) пенснонното осигуряване,
   в) допълнителното миньорско осигуряване,
   г) помощта при старост за земеделците;
2. българските правни разпоредби за:
   а) пенсии за изслужено време и старост,
   б) инвалидни пенсии поради общо заболяване, поради трудова злополука или професионално заболяване,
   в) гражданскоинвалидни пенсии,
   г) наследствени пенсии от горните видове.

(2) Ако съгласно правните разпоредби на една от договарящите се страни освен предпоставките за прилагането на тази Спогодба са изпълнени и предпоставките за прилагането на друга Спогодба или наддърждавно уреждане, носителят на осигуровката на съответната договаряща се страна при прилагането на тази Спогодба не взема предвид другата спогодба или наддържавното уреждане. Това не важи, ако другата спогодба или наддържавното законодателство урежда осигурителните задъжения, съласно които осигуреното време е преминало окончателно към задълженията на една от двете договарящи се страни или е било освободено от нейните задължения.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen bezieht sich auf:

1. Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
2. Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
3. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

als unmittelbar erfaßte Personen;

Член 3

Обхват на действие по отнощение на лицата

Тази Спогодба се отнася за:

1. граждани на една от договарящите се страни,
2. бежанци по смисъла на член 1 на Конвенцията от 28 юли 1951 г. за правния статут на бежанците на Протокола от 31 януари 1967 г. към упоменатата Конвенция,
3. лица без гражданство по смисъла на член 1 на Конвенцията от 28 септември 1954 г. за статута на лицата без гражданство,

като пряко обхванати лица;

4. andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,

als mittelbar erfaßte Personen;

5. Staatsangehörige eines anderen Staats als eines Vertragsstaats, soweit sie nicht zu den mittelbar erfaßten Personen gehören,

als Drittstaatsangehörige.

4. други лица относно правата, които те получават чрез гражданин на една от договарящите се страни, от бежанец или от лице без гражданство по смисъла на този член,

като косвено обхванати лица;

5. граждани на друга държава освен договарящите се страни, ако те не принадлежат към косвено обхванатите лица,

като граждани на трети държави.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens unmittelbar und mittelbar erfaßten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Член 4

Еднакво третиране

(1) Обхванатите пряко или косвено от пределите на тази Спогодба, които обичайно пребивават на територията на една от договарящите се страни, при прилагането на правните разпоредби на една от договарящите се страни са равнопоставени на нейните граждани.

(2) Плащания съгласно правните разпоредби на една от договарящите се страни се отпускат на гражданите на другата договаряща се страна, които обичайно пребивават извън териториите на договарящите се страни, при същите предпоставки, както на обикновено пребиваващите там граждани на първата договаряща се страна.

Artikel 5

Gleichstellung der Hoheitsgebiete

Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die von diesem Abkommen unmittelbar oder mittelbar erfaßten Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Член 5

Равнопоставеност на териториите

Ограничителни разпоредби на една от договарящите се страни, съгласно които възникването на претенции за плащания, отпускането на плащания или извършването на парични плащания зависят от пребиваването на територията на тази договаряща се страна, не са валидни за обхванатите пряко или косвено от тази Спогодба лица, които пребивават на територията на другата договаряща се страна.

Artikel 6

Versicherungspflicht von Arbeitnehmern

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Член 6

Задължение за осигуряване на работещите

Задължението за осигуряване на работещите се съобразява с правните разпоредби на договарящата се страна, на чиято територия те са заети; същото важи, ако работодателят се намира на територията на другата договаряща се страна.

Artikel 7

Versicherungspflicht bei Entsendung

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Der Zeitraum von 24 Kalendermonaten beginnt mit dem ersten Tag des Kalendermonats, in dem der Arbeitnehmer die Beschäftigung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufnimmt.

Член 7

Задължение за осигуряване при изпращане

Ако работещ, който е зает в една от договарящите се страни, бъде изпратен от своя работодател в рамките на това трудово правоотношение на територията на другата договаряща се страна, за да извършва там работа за същия работодател, то за тази заетост по време на първите 24 календарни месеца продължават да са валидни единствено правните разпоредби на първата договаряща се страна, по отношение задължението за осигуряване все едно, че той е все още зает на нейната територия. Срокът от 24 календарни месеца започва на първия ден на календарния месец, през който лицето започва работа на територията на другата договаряща се страна.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von

Член 8

Задължение за осигуряване на моряци

(1) За лицата, заети на борда на морски кораб, който плава под флага на една от двете договарящи се страни, са валидни правните разпоредби на тази договаряща се страна по отношение на задължението за осигуряване.

(2) Ако работещ, който обичайно пребивава на територията на една от договарящите се страни, бъде зает временно на морски копаб, който плава под флага на другата

einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

договаряща се страна, от работодател, чието седалище е на територията на първата договаряща се страна и който не е собственик на кораба, по отношение на задължението за осигуряване са валидни правните разпоредби на първата договаряща се страна, все едно, че той е зает на нейната територия.

Artikel 9

Versicherung anderer Personen

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für andere Personen, auf die sich die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfaßten Rechtsvorschriften beziehen.

Член 9

Осигуряване на други лица

Разпоредбите на тази Спогодба за задължението за осигуряване са валидни съответно за други лица, спрямо които се прилагат правните разпоредби, обхванати от предела на действие на тази Спогодба (член 2, алинея 1).

Artikel 10

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei Auslandsvertretungen

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer Auslandsvertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsstaat aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(3) Beschäftigt die Auslandsvertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die Auslandsvertretung die Verpflichtungen, die dem örtlichen Arbeitgeber gemäß den genannten Rechtsvorschriften obliegen, einzuhalten.

Член 10

Задължение за осигуряване на заети в представителства в чужбина

(1) Ако гражданин на една от договарящите се страни бъде зает от тази държава или от член или служител на представителство на тази договаряща се страна на територията на другата договаряща се страна, по време на трудовото правоотношение за задължението за осигуряване са валидни правните разпоредби на първата договаряща се страна, все едно, че той е зает там.

(2) Ако един от посочените в алинея 1 работещи преди началото на трудовото му правоотношение е пребивавал обичайно в държавата на трудовото правоотношение, той може в срок от шест месеца от началото на трудовото правоотношение да избере прилагането на правните разпоредби на държавата на трудовото правоотношение по отношение на задължението за осигуряване. Изборът трябва да бъда деклариран пред работодателя. Избраните правни разпоредби са валидни от деня на декларацията.

(3) Ако представителството на една от договарящите се страни назначи лица, за които са валидни правните разпоредби на другата договаряща се страна, представителството трябва да спазва задълженията, които има местният работодател съгласно посочените правни разпоредби.

Artikel 11

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag anderer Personen (Artikel 9) können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, daß die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

Член 11

Изключения от разпоредбите за задължението за осигуряване

По искане на работещия и на работодателя или по искане на други лица (член 9) компетентните органи на договарящите се страни или посочените от тях служби могат да се отклонят по взаимно съгласие от разпоредбите на тази Спогодва относно задължението за осигуряване с предпоставката засегнатото лице да остане подвластно или да стане подвластно на правните разпоредби на една от договарящите се страни. В този случай трябва да бъдат взети предвид начинът и обстоятелствата на назначението.

Teil II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Unfallversicherung

Artikel 12

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten)

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, daß bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen

Част II

Особени разпоредби

Глава 1

Осигуряване при трудова злополука

Член 12

Зачитане на трудови злополуки (професионални заболявания)

(1) Ако правните разпоредби на една от договарящите се страни предвиждат при преценката на степента на намаляването на трудоспособността или при установяването на претенциите за плащания вследствие трудова злополука (професионално заболяване) по смисъла на тези прав-

sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 13

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente, so hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigung bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigung bei Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung des Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit. Beruht dies auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht Anspruch auf Rente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

Kapitel 2

Rentenversicherung

Artikel 14

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versiche-

ни разпоредби да бъдат взети предвид други трудови злополуки (професионални заболявания), то това важи и за трудовите злополуки (професионални заболявания), които подлежат на правните разпоредби на другата договаряща се страна, все едно, че те са подлежали на правните разпоредби на първата договаряща се страна. Равнопоставени на трудовите злополуки са тези, които трябва да бъдат взети предвид като злополуки или дрги случаи, подлежащи на обезщетение, съгласно други разпоредби.

(2) Носителят на осигуровката, компетентен за обезщетението при възникналия случай – предмет на осигуряване, определя своите плащания в зависимост от степента на възникналото вследствие трудовата злополука (професионално заболяване) намаляване на трудоспособността, която той трябва да вземе предвид съгласно валидните за него правни разпоредби.

Член 13

Зачитане на трудова дейност във вредни за здравето условия

(1) За претенциите за плащания поради професионално заболяване носителят на осигуровката на една от договарящите се страни взема предвид и такава трудова дейност, която е била извършвана при прилагане на правните разпоредби на другата договаряща се страна и която по своя характер е била в състояние да предизвика тоа заболяване (трудова дейност във вредни за здравето условия). Ако при това съществуват претенции за плащания съгласно правните разпоредби на двете договарящи се страни, материалните плащания и паричните плащания освен пенсията се отпускат само съгласно правните разпоредби на договарящата се страна, на чиято територия обичайно пребивава правоимащото лице. Ако съгласно правните разпоредби на една от договарящите се страни съществуват претенции за пенсия, носителят на осигуровката трябва да отпусне само онази част, която съответства на съотношението на времетраенето на извършваната при прилагане на правните пазпоредби на собствената договаряща се страна трудова дейност във вредни за здравето условия към времетраенето на трудовата дейност вьв вредни за здравето условия при прилагане на правните разпоредби на двете договаряши се страни.

(2) Алинея 1 важи и за ново определяне на претенциите за плащане поради влошаване на професионалното заболяване. Ако това се дължи на възобновена трудова дейност във вредни за здравето условия, претенциите за пенсия за влошаването съществуват само съгласно правните разпоредби на тази договаряща се страна, под чиито правни разпоредби е била извършвана тази трудова дейност.

(3) Алинеите 1 и 2 са валидни и за плащания на наследници.

Глава 2

Пенсионно осигуряване

Член 14

Сумиране на осигурено време и изчисляване на пенсии

(1) За претенциите за плащания съгласно приложимите правни разпоредби се взема предвид и това осигурено време, което може да бъде признато за претенции за плащания съгласно правните разпоредби на другата договаряща се страна и което не се отнася за същия период. Размерът на взетото предвид осигурено време се съобразява с правните разпоредби на договарящата се страна, съгласно които то е придобито.

(2) Ако претенциите за плащания предпоставят определено осигурено време, за това се взема предвид само срав-

rungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 15

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 14 Absatz 1) gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, daß bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, daß sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften der Republik Bulgarien gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Bulgarien.

(4) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten (Artikel 14 Absatz 1) zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

Artikel 16

Besonderheiten für den bulgarischen Träger

(1) Besteht Anspruch auf Rente nach den bulgarischen Rechtsvorschriften allein unter Berücksichtigung von Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften (Artikel 14 Absatz 1), wird die Rente allein nach den innerstaatlichen bulgarischen Rechtsvorschriften aufgrund der nach diesen zu berücksichtigenden Versicherungszeiten berechnet. Wenn Versicherungszeiten in Bulgarien zurückgelegt sind, die keinen Rentenanspruch begründen, so wird die Rente anteilig im Verhältnis zu den gemäß den bulgarischen Rechtsvorschriften erforderlichen Versicherungszeiten berechnet.

(2) Bei Anspruch auf Invaliditätsrente wird eine Versicherungszeit nach den deutschen Rechtsvorschriften in bezug auf die Voraussetzungen für die Gewährung der Rente einer Versicherungszeit nach den bulgarischen Rechtsvorschriften gleichgestellt.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amts- und Rechtshilfe

Artikel 17

Amts- und Rechtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfaßten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschrif-

нимо осигурено време съгласно правните разпоредби на другата договаряща се страна.

(3) Изчисляването на пенсията се съобразява с приложимите правни разпоредби на съответната договаряща се страна, освен ако в тази Спогодба е утвърдено друго.

Член 15

Особености за германския носител на осигуровката

(1) Основата за изчисляването на личните платежни точки са тези платежни точки, които произтичат от германските правни разпоредби.

(2) Разпоредбата за сумирането на осигуреното време (член 14, алинея 1) важи съответно за плащанията, чието отпускане е по преценка на единия носител на осигуровката.

(3) Ако претенциите за плащания съгласно германските правни разпоредби предпоставят да е придобито определено осигурено време в рамките на определен период от време и ако освен това правните разпоредби предвиждат този период да се удължава чрез определени обстоятелства или осигурено време, за удължаването се взема предвид и осигуреното време съгласно правните разпоредби на другата договаряща се страна или сравними обстоятелства в другата договаряща се страна. Сравними обстоятелства са срокове, през които са били изплащани пенсии при инвалидност или старост или плащания поради болест, безработица или трудови злополуки (освен пенсии) според правните разпоредби на Република България, както и срокове за отглеждане на дете в Република България.

(4) Осигуреното време, което трябва да бъде взето предвид съгласно разпоредбата за сумирането на осигуреното време (член 14, алинея 1), се взема предвид само в действителната си продължителност.

Член 16

Особености за българския носител на осигуровката

(1) Ако съществува претенция за пенсия съгласно българските правни разпоредби и при условие, че се взема предвид осигуреното време, придобито в Германия (член 14, алинея 1), то пенсията се изчислява изключително по българските правни разпоредби за осигуреното време, придобито в България. Ако осигуреното време, придобито в България, е недостатъчно за правото на пенсия, размерът на пенсията се изчислява частично пропорционално от изискващото се за това право осигурено време, съгласно българските правни разпоредби.

(2) Ако съществува претенция за пенсия по инвалидност, осигуреното време съгласно немските правни разпоредби е равнопоставено на българското осигурено време във връзка с предпоставките за отпускане на пенсия по Българските правни разпоредби.

Част III

Разни разпоредби

Глава 1

Междуведомствена помощ и правна помощ

Член 17

Междуведомствена и правна помощ и лекарски прегледи

(1) Носителите на осигуровката, сдружения на носители на осигуровка и държавни служби на договарящите се страни си оказват взаимна помощ при прилагането на обхвата на действие на тази Спогодба (член 2, алинея 1), все едно, че прилагат валидните за тях правни разпоредби. Помощта е

ten an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch erstattet.

(2) Für die gegenseitige Amts- und Rechtshilfe von Gerichten der Vertragsstaaten gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen im Rahmen der Rentenversicherung sowie bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

безвъзмездна. Платените разноски се възстановяват с изключение на пощенските такси.

(2) Алинея 1 важи съответно за взаимната междуведомствена и правна помощ на съдилищата на договарящите се страни.

(3) Алинея 1, изречение 1 важи също така и за лекарски прегледи в рамките на пенсионното осигуряване, както и при трудови злополуки и професионални заболявания. Разноските за прегледите, пътните разноски, неполучените доходи, разходите по настаняването с цел наблюдение и други разходи, платени в брой, освен пощенските такси, трябва да бъдат възстановени от молещата служба. Разходите не се възстановяват, ако лекарският преглед е в интерес на компетентните носители на осигуровката от двете договарящи се страни.

Artikel 18

Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung (ordre public) des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

Член 18

Признаване на изпълними решения и документи

(1) Влезлите в сила решения на съдилищата, както и изпълнимите документи на носителите на осигуровката или на властите на една от договарящите се страни относно вноски и други вземания от социалното осигуряване се признават в другата договаряща се страна.

(2) Признаването може да бъде отказано само в случай, че то противоречи на обществения ред (ordre public) на договарящата се страна, в която трябва да бъде признато решението или документът.

(3) Признатите съгласно алинея 1 изпълними решения и документи се изпълняват в другата договаряща се страна. Процедурата по изпълнението се съобразява с правните разпоредби, които са валидни в договарящата се страна, на чиято територия трябва да бъде извършено изпълнението, за изпълнението на издадените в тази държава съответни решения и документи. Екземплярът на решението или документа трябва да носи потвърждение на неговата изпълнимост (клауза за изпълнимост).

(4) При принудителното изпълнение, както и при делата за несъстоятелност и помирение, вземанията на носителите на осигуровката на територията на една от договарящите се страни от неизпалатени вноски имат същите предимства, както и съответните вземания на територията на тази договаряща се страна.

Artikel 19

Schadensersatzansprüche des Trägers gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistun-

Член 19

Претенции за обезщетение към трети лица

(1) Ако дадено лице, което съгласно правните разпоредби на една от договарящите е страни трябва да получи плащания за щети, които са възникнали на територията на другата договаряща се страна, има претенции към трето лице за щетите съгласно нейните разпоредби, то претенциите за обезщетение преминават на носителя на осигуровката от първата договаряща се страна съгласно валидните за него правни разпоредби; другата договаряща се страна признава това преминаване.

(2) Ако носителят на осигуровката на една от договарящите се страни съгласно нейните правни разпоредби има първоначални претенции към трето лице за обезщетение, то другата договаряща се страна признава това.

(3) Ако претенции за обезщетение по отношение на еднородни плащания от същата щета се полагат както на носител на осигуровката от едната договаряща се страна, така и на носител на осигуровката от другата договаряща се страна, то носителят на осигуровката от едната договаряща се страна предявява по искане на носителя на осигуровката от другата договаряща се страна и неговите претенции за обезщетение. Третото лице може да погаси претенциите на двамата носители на осигуровките с освобождаващо дейст-

gen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfaßt, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Artikel 20

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 21

Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägem, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Gerichtsbeschlüsse, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Satz 3 gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(2) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefaßt sind.

Artikel 22

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

вие чрез плащане на единия или другия носител на осигуровката. Във вътрешните си взаимоотношения носителите на осигуровките са длъжни да си компенсират реципрочно вземанията съответно със съотношението на отпусканите от тях плащания.

(4) Ако претенциите на дадено лице за обезщетение обхващат претенции за възстановяване на платени вноски за социалното осигуряване, то и тези претенции преминават към изпълнителя на плащанията от първата договаряща се страна съгласно валидните за него правни разпоредби.

Член 20

Такси и легализация

(1) Предвиденото съгласно правните разпоредби на една от договарящите се страни освобождаване или намаление на данъци или такси, включително консулски такси и такси за издаване на документи, които се представят в изпълнение на тези правни разпоредби, се отнася и за документите, които трябва да бъдат представени в изпълнение на тази Спогодба или на обхванатите от предела на действие на тази Спогодба правни разпоредби на другата договаряща се страна (член 2, алинея 1).

(2) За документи, които трябва да бъдат представени в изпълнение на тази Спогодба или на правните разпоредби от обхвата на действие на тази Спогодба (член 2, алинея 1) на една от договарящите се страни, не е необходима легализация или друга подобна формалност за използването им пред служби на другата договаряща се страна.

Член 21

Доставяне и езици на общуване

(1) Носителите на осигуровки, сдружения на носители на осигуровки, държавни служби и съдилища на договарящите се страни при прилагането както на тази Спогодба, така и на обхванатите правни разпоредби (член 2, алинея 1) могат да общуват непосредствено помежду си и със засегнатите лица и техните представители на своите официални езици. Не се засягат правните разпоредби за ползването на преводачи. Присъди, съдебни решения, известия и други актове могат да бъдат доставени директно с препоръчано писмо с обратна разписка на лице което пребивава на територията на другата договаряща се страна. Изречение 3 важи и за изискващите доставяне присъди, съдебни решения, известия и други актове, които се издават при прилагането на германския Закон за издръжка на жертвите от войната и на онези закони, които този закон обявява за съответно приложими.

(2) Носителите на осигуровки, сдруженията на носителите на осигуровките, държавните служби и съдилищата на договарящите се страни не могат да отхвърлят заявления и документи поради това, че те са написани на официалния език на другата договаряща се страна.

Член 22

Равнопоставеност на молбите

(1) Ако молбата за плащане съгласно правните разпоредби на една от договарящите се страни е била подадена в някоя служба в другата договаряща се страна, която съгласно валидните за нея правни разпоредби е оторизирана да приеме молбата за съответното плащане, молбата се смята за подадена при компетентния носител на осигуровка. Това важи съответно за други молби , както и за декларации и жалби.

(2) Службата на едната договаряща се страна, в която са били подадени молбите, декларациите и жалбите, трябва да ги препрати незабавно на компетентната служба на другата договаряща се страна.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Leistungen bei Alter aufgeschoben wird.

Artikel 23

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Der Empfängerstaat darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Im übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staats nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.

d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.

e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des nationalen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, daß durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.

g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.

(3) Молба за плащания съгласно правните разпоредби на едната договаряща се страна се смята и за съответно плащане съгласно правните разпоредби на другата договаряща се страна. Това не важи, ако молителят поиска изрично определянето на придобитите съгласно правните разпоредби на другата договаряща се страна претенции за плащания при старост да бъде отложено.

Член 23

Защита на личните данни

(1) Доколкото въз основа на тази Спогодба се изпращат съгласно вътрешното законодателство лични данни, валидни са следните разпоредби при спазване на валидните за всяка договаряща се страна правни разпоредби:

а) Данни могат да бъдат съобщавани за прилагането на тази Спогодба и на обхванатите от нея правни разпоредби на службите, които занапред са компетентни в приемащата държава. Приемащата държава може да ги обработва и използва за тези цели. Предаването им на други служби в приемащата държава или използването им в приемащата държава за други цели е допустимо в рамките на законодателството на приемащата държава, ако това служи на целите на социалното осигуряване, включително свързани с това съдебни дела. Иначе предаването им на други служби е възможно само с предварителното съгласие на предоставящата служба.

б) Получателят в отделни случаи уведомява по искане предоставящата служба за използването на предоставените данни и за постигнатите по този начин резултати.

в) Предоставящата служба е длъжна да внимава за правилността на предоставяните данни, както и за необходимостта и за съпоставимостта с постиганата чрез предоставянето цел. При това трябва да се спазват валидните съгласно съответното вътрешно законодателство забрани за предоставяне на данни. Ако се окаже, че са били предоставени неправилни данни или данни, които съгласно законодателството на предоставящата страна не са могли да бъдат предоставени, то това трябва да бъде съобщено незабавно на приемащата служба. Тя е длъжна да поправи или да заличи данните.

г) По молба засегнатото лице трябва да бъде уведомено за предоставените за него данни, както и за предвидената цел, за която ще се използват. Иначе правото на засегнатото лице да получи информация за наличните за него данни се съобразява с вътрешното законодателство на договарящата се страна, от която се иска информацията.

д) Ако някоя служба на едната договаряща се страна е предоставила лични данни въз основа на тази Спогодба, то приемащата служба на другата договаряща се страна в рамките на своята отговорност съгласно националното законодателство спрямо пострадалия не може с цел собственото си освобождаване от отговорност да се позовава на това, че предоставените данни са били неправилни. Ако приемащата служба изплати обезщетение поради щета, която е била предизвикана чрез използването на неправилно предоставени данни, то предоставящата служба възстановява на приемащата служба цялата сума на изплатеното обезщетение.

е) Предоставените лични данни трябва да се заличат, щом не са вече необходими за целта, за която са били предоставени, и няма основание да се предполага, че със заличаването им се накърняват заслужаващи защита интереси на засегнатото лице в областта на социалното осигуряване.

ж) Предоставящата и приемащата служба са длъжни да документират предоставянето и приемането на лични данни.

h) Die übermittelnde und empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

з) Предоставящата и приемащата слжба са длъжни да защитят предоставяните лични данни ефикасно от неправомерен достъп, неправомерно изменение и неправомерно разгласяване.

(2) Разпоредбите на алинея 1 важат съответно за производствените и търговски тайни.

Kapitel 2
Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 24
Durchführung dieses Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

in der Bundesrepublik Deutschland

für die Unfallversicherung

der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin,

für die Rentenversicherung der Arbeiter

die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, Halle,

für die Rentenversicherung der Angestellten

die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung

die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung

die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,

soweit die deutschen gesetzlichen Krankenversicherungsträger an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind, die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland, Bonn;

in der Republik Bulgarien

das Nationale Versicherungsinstitut, Sofia.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und bulgarischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder

b) sonstige im Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten anzurechnen sind oder

c) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien gewöhnlich aufhält oder

d) der Berechtigte sich als bulgarischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Dies gilt für Leistungen zur Rehabilitation nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

Глава 2
Изпълнение и тълкуване на тази Спогодба

Член 24
Изпълнение на тази Спогодба и служби за връзка

(1) Правителствата или компетентните органи могат да сключват необходимите за изпълнението на тази Спогодба споразумения. Компетентните органи взаимно се уведомяват за изменения и допълнения на валидните за тях правни разпоредби, обхванати от предела на действие на тази Спогодба (член 2, алинея 1).

(2) Изпълнението на тази Спогодба се възлага на следните служби за връзка:

във Федерална република Германия:

за осигуряването при злополука

Главно сдружение на комерческите браншови съюзи, рег. друж. (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V.), Санкт Аугустин,

за пенсионното осигуряване на работниците

Провинциална осигурителна служба за Саксония-Анхалт (Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt), Хале,

за пенснонното осигуряване на служителите

Федерална осигурителна служба за служба за служители (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), Берлин,

за миньорското пенсионно осигуряване

Федерален миньорски съюз (Bundesknappschaft), Бохум,

за допълнителното миньорско осигуряване

Провинциална осигурителна служба за Саар (Landesversicherungsantalt für das Saarland), Саарбрюкен,

доколкото германските законни изпълнители на здравното осигуряване участват в изпълнението на тази Спогодба, Германската служба за връзка, Здравно осигуряване – чужбина, (Deutsche Verbindungsstelle, Krankenversicherung-Ausland), Бон;

в Републинка България

Национален осигурителен институт, София.

(3) Доколкото германските правни разпоредби не предписват нещо друго, в рамките на пенсионното осигуряване на работниците тази създадена служба за връзка е компетентна за всички процедури по определянето и осъществяването на плащанията, ако:

а) е било придобито или трябва да бъде зачетено осигурено време съгласно германските и българските правни разпоредби или

б) съгласно германските правни разпоредби за чуждестранни пенсии трябва да бъдат признати други срокове на територията на Република България или

в) носителят на правото пребивава обичайно на територията на Република България или

г) носителят на правото като български гражданин пребивава обичайно извън договарящите се страни.

Това важи за плащанията при рехабилитация само, когато те се извършват по време на процедура за отпускане на пенсия.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse nach den deutschen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(5) Die Verbindungsstellen und die in Absatz 4 genannten deutschen Träger werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen. Die Bestimmung des Absatzes 1 bleibt unberührt.

Artikel 25

Währung und Umrechnungskurse

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist.

Artikel 26

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Pflicht zur Einbehaltung besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

Artikel 27

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staats als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vor-

(4) Не се засяга компетентността на Осигурителната служба на железниците (Bahnversicherungsanstalt) и на Морската каса (Seekasse) съгласно германските правни разпоредби.

(5) Службите за връзка и упоменатите в алинея 4 германски носители на осигуровка се упълномощават, с участието на компетентните органи в рамките на своята компетентност да се споразумеят за необходимите и целесъобразните управленски мерки за изпълнението на тази Спогодба, включително за процедурата за отпускане и изплащане на парични суми. Разпоредбите на алинея 1 не се засягат.

Член 25

Валута и обменни курсове

Парични плащания могат да бъдат отпуснати с освобождаващо действие от носителя на осигуровката от едната договаряща се страна на лице, което пребивава на територията на другата договаряща се страна, в паричната единица на последната страна. Във взаимоотношенията между носителя на осигуровката и носителя на правото за изчисляването е меродавен курсът на деня, който е бил използван при превеждането на паричното плащане.

Член 26

Възстановявания

(1) Ако носителят на осигуровката от едната договаряща се страна е отпуснал неоснователно парични плащания, неоснователно изплатената сума може да бъде удържана от съответното плащане съгласно правните разпоредби на другата договаряща се страна в полза на носителя на осигуровката на първата договаряща се страна.

(2) Ако дадено лице съгласно правните разпоредби на едната договаряща се страна има претенции за парично плащане за период от време, за който на него или на неговите близки са били отпуснати плащания от изпълнител на социалните грижи от другата договаряща се страна, това парично плащане по искане на изпълнителя на социалните грижи, който е упълномощен да получи възстановяване, трябва да бъде удържан в негова полза, все едно, че той е изпълнител на социалните грижи със седалище на територията на първата договаряща се страна. Няма задължение за възстановяване, ако носителят на осигуровката е отпуснал плащанията сам, преди да получи информация за плащането на изпълнителя на социалните грижи.

Член 27

Решаване на спорове

(1) Споровете между двете договарящи се страни относно тълкуването или прилагането на тази Спогодба се решават от компетентните власти.

(2) Ако даден спор не може да бъде решен по такъв начин, той се представя по искане на една от договарящите страни пред арбитражен съд.

(3) Арбитражният съд се свиква във всеки отделен случай. В него всяка от договарящите се страни назначава по един член, а двамата членове постигат съгласие относно гражданин на трета държава за председател, който се назначава от правителствата на двете договарящи се страни. Членовете се назначават в срок от два месеца, а председателят в срок от три месеца, след като едната договаряща се страна е уведомила другата, че иска да представи спора пред арбитражен съд.

(4) Ако не бъдат спазени посочените в алинея 3 срокове, по липса на друга договореност всяка договаряща се страна може да помоли президента на Европейския съд за правата на човека да извърши необходимите назначения. Ако прези-

zunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

дентът е гражданин на една от договарящите се страни или той е възпрепятстван по друга причина, назначаването трябва да бъде извършено от вицепрезидента. Ако и вицепрезидентът е гражданин на една от договарящите се страни или и той е възпрепятстван, назначаването трябва да бъде извършено от следващия по ранг член на съда, който не е гражданин на една от договарящите се страни.

(5) Арбитражният сьд решава с мнозинство на гласовете вьз основа на съществуващите между договарящите се страни договори и общото международно право. Неговите решения са задължителни. Всяка договаряща се страна поема разноските за своя член, както и за своето представяне в делото пред арбитражния съд. Разходите за председателя, както и останалите разходи се поемат в еднакви дялове от договарящите се страни. Арбитражният съд може да постанови друго уреждане за разходите. Иначе арбитражният съд сам урежда своята процедура.

Teil IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 28

Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen

a) für die Zeit vor seinem Inkrafttreten,

b) in den Fällen, in denen das Abkommen vom 20. Februar 1958 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik und die Vereinbarung vom 7. Februar 1973 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Änderung des Abkommens vom 20. Februar 1958 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik weiter anzuwenden sind.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von zwölf Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 29

Schlußprotokoll

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Част IV

Преходни и заключителни разпоредби

Член 28

Претенции за плащания въз основа на тази Спогодба

(1) Тази Спогодба не създава претенции за плащания

а) за времето преди нейното влизане в сила,

б) в случаите, в които продължават да се прилагат Спогодбата от 20 февруари 1958 г. между Правителството на Германската демократична република и Правителството на Народна република България за сътрудничество в областта на социалната политика и Споразумението от 7 февруари 1973 г. между Правителството на Германската демократична република и Правителството на Народна република България за изменение на Спогодбата от 20 февруари 1958 г. между Правителството на Германската демократична република и Правителството на народна република България за сътрудничество в областта на социалната политика.

(2) При прилагането на тази Спогодба се вземат предвид и значимите факти преди влизането й в сила съгласно правните разпоредби на договарящите се страни.

(3) По-ранните решения не противоречат на прилагането на тази Спогодба.

(4) Ако молба за определяне на пенсия бъде подадена само при спазване на тази Спогодба в срок от 12 месеца от влизането й в сила, пенсията започва от календарния месец, в началото на който са били изпълнени предпоставките за претенциите, но не по-рано от влизането в сила на тази Спогодба.

(5) Пенсии, които са били определени преди влизането в сила на тази Спогодба, могат де бъдат служебно определени отново по молба на лицето, когато промяната е във връзка с разпоредбите на тази Спогоба.

(6) Ако повторното определяне съгласно алинея 5 не би довело до пенсия или би довело до по-ниска пенсия от онази, която е била изплащана за времето преди влизането в сила на тази Спогодба, пенсията се отпуска в досега изплащания размер.

Член 29

Заключителен протокол

Приложеният заключителен протокол е съставна част на тази Спогодба.

Artikel 30

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 31

Abkommensdauer

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Sofia am 17. 12. 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Член 30

Ратифициране и влизане в сила

(1) Тази Спогодба подлежи на ратифициране; ратнфикационните документи ще бъдат разменени по възможност най-скоро в Бон.

(2) Тази Спогодба влиза в сила на първия ден от втория месец след изтичане на месеца, в който се разменят ратификацнонните документи.

Член 31

Продължителност на Спогодбата

(1) Тази Спогодба се сключва за неопределен срок. Всяка договаряща се страна може да я денонсира при спазване на тримесечен срок до края на съответната календарна година писмено по дипломатически път.

(2) Ако тази Спогодба престане да действа вследствие денонсиране, нейните разпоредби продължават да са валидни за придобитите дотогава претенции за плащания. Не се засягат ограничителни правни разпоредби за изключването, за преустановяването или лишаването от претенции поради пребиваване в чужбина за тези претенции.

В уверение на това тази Спогодба бе подписана от надлежно упълномощените представители на двете договарящи се страни и подпечатана с техните печати.

Съставена в София на 17. 12. 1997 г. в два оригинални екземпляра, всеки на немски и български език, като всеки текст има еднаква сила.

Für die Bundesrepublik Deutschland
за Федерална република Германия
Peter Metzger
Rudolf Kraus

Für die Republik Bulgarien
за Република България
Ivan Nejkov

Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit

Заключителен протокол към Спогодбата между Федерална република Германия и Република България за Социална сигурност

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gelten die besonderen Bestimmungen über die Rentenversicherung (Teil II Kapitel 2) nicht.

b) In bezug auf die Republik Bulgarien gilt das Abkommen nicht für militärdienstliche Invaliditätsrenten, Sozialrenten und Renten für besondere Verdienste; die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) findet jedoch Anwendung auf die militärdienstlichen Invaliditätsrenten und Renten für besondere Verdienste.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

a) Versicherungslastregelungen in den von beiden Vertragsstaaten geschlossenen zwischenstaatlichen Übereinkünften bleiben unberührt.

b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

c) Bulgarische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Nummern 2 und 3 des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien aufhalten.

d) Renten, die nach den bulgarischen Rechtsvorschriften deutschen Staatsangehörigen und Staatsangehörigen der Vertragsstaaten mit Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten gewährt werden, werden auch gezahlt, wenn sich diese Personen außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien gilt Artikel 5 des Abkommens in bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

При подписването на сключената днес между Федерална република Германия и Република България Спогодба за Социална сигурност упълномощените представители на двете договарящи се страни заявяват, че съществува съгласие за следното:

1. Към член 2 от Спогодбата:

а) за съществуващото във Федерална република Германия допълнително миньорско осигуряване и за помощта при старост за земеделци не са валидни особените разпоредби за пенсионното осигуряване (част II, глава 2).

б) Военноинвалидните пенсии, социалните пенсии и пенсиите за особени заслуги, отпускани съгласно българското пенсионно законодателство, не са предмет на тази Спогодба; разпорежданията на член 5 за равнопоставеност на териториите се прилагат за военноинвалинвалидните пенсии и за пенсиите за особени заслуги.

2. Към член 4 от Спогодбата:

а) Не се засяга уреждането на осигурителните задължения в сключените от двете договарящи се страни междудържавни споразумения.

б) Не се засягат правните разпоредби на една от договарящите се страни, които осигуряват участието на осигурените и на работодателите в органите на самоуправлението на носителите на осигуровките и на сдруженията, както и в правораздаването в областта на социалната сигурност.

в) Български граждани, които пребивават обичайно извън територията на Федерална република Германия, имат право на доброволно осигуряване в германското пенсионно осигуряване, ако в него имат осигурителни срокове най-малко 60 месеца. Не се засягат по-благоприятни вътрешни правни разпоредби. Същото важи и за посочените в член 3, точки 2 и 3 от Спогодбата бежанци и лица без гражданство, които пребивават обичайно на територията на Република България.

г) Пенсии, които се отпускат съгласно българските правни разпоредби на германски граждани и на гражани на договарящите се страни за осигурително време, придобито по правните разпоредби на двете договарящи се страни, се изплащат и когато тези лица са на постоянно местожителство извън териториите на договарящите се страни.

3. Към член 5 от Спогодбата:

а) За лица, обичайно пребиваващи на територията на Република България, член 5 от Спогодбата по отношение на пенсия съгласно германските правни разпоредби поради намалена трудоспособност, е валиден само в случай, че претенциите съществуват независимо от съответната ситуация на трудовия пазар.

b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.

d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

4. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

a) Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die Vorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung Anwendung.

b) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den datür zuständigen Trägern und Organisationen des Staats, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

5. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

6. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt. Besteht Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so wird die günstigere Leistung gezahlt unter Anrechnung der Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

7. Zu Artikel 10 des Abkommens:

Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

8. Zu Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 des Abkommens:

Unterliegt bei Anwendung des Artikels 10 Absatz 1 und Artikels 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustandegekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

9. Zu Artikel 28 Absatz 5 des Abkommens:

In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland können Renten, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt sind, auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

б) Не се засягат германските правни разпоредби за плащания от трудови злополуки (професионални заболявания), които не са възникнали на територията на Федерална република Германия, както и за плащания от осигурено време, което не е придобито на територията на Федерална република Германия.

в) Не се засягат германските правни разпоредби за рехабилитационни плащания от страна на носителите на осигуровките на пенсионното осигуряване.

г) Не се засягат германските правни разпоредби, които предвиждат преустановяването на претенции от пенсионното осигуряване за лица, които се отклоняват от провеждано срещу тях наказателно дело чрез пребиваване в чужбина.

4. Към членове 6 до 11 от Спогодбата:

а) Ако дадено лице, съгласно членовете 6 до 11 от Спогодбата, е подвластно на правните разпоредби на една от договарящите се страни, за него и за неговия работодател по същия начин се прилагат разпоредбите на тази договаряща се страна относно задължително осигуряване при безработица.

б) Работодателите на изпратени в чужбина работещи са длъжни да си сътрудничат с компетентните носители на осигуровките и организации на държавата, в която е зает работещият, в областта на защитата на работното място и предотвратяването на злополуки. Не се засягат другите вътрешнодържавни правни разпоредби.

5. Към член 7 от Спогодбата:

За лицата, които са заети в деня на влизането в сила на Спогодбата, определеният срок започва да тече от този ден.

6. Към член 9 от Спогодбата:

Не се засягат правните разпоредби на двете договарящи се страни относно осигурителна защита при оказване на помощ и други действия, несвързани с трудовата дейност, в чужбина. Ако съществува претенция за плащания съгласно правните разпоредби на двете договарящи се страни, то тогава се изплаща по-благоприятната сума като се приспаднат сумите, платени съгласно правните разпоредби на другата страна.

7. Към член 10 от Спогодбата:

За лицата, които са заети в деня на влизането в сила на Спогодбата, определеният в алинея 2 срок започва да тече от този ден.

8. Към член 10, алинея 1 и член 11 от Спогодбата:

Ако засегнатото лице при прилагане на член 10, алинея 1 и член 11 от Спогодбата подлежи на германските правни разпоредби, то се смята за заето или работещо на онова място, на което то е било заето или е работило напоследък преди това, като продължава да е валидно едно друго уреждане, произтичащо от предварителното прилагане на член 7 от Спогодбата. Ако това лице преди това не е било заето нито е работило на територията на Федерална република Германия, то се смята за заето или работещо на онова място, на което компетентната германска служба има своето седалище.

9. Към член 28, алинея 5 от Спогодбата:

Съгласно разпоредбите на Федерална Република Германия, пенсиите отпуснати преди влизането в сила на Спогодбага могат да бъдат определени отново служебно. В тези спучаи правопораждащата дата при германския носител на осигуровката се счита за дата на молбата съгласно правните разпоредби на другата договаряща се страна.

10. Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

10. Не се засягат германските правни разпоредби относно плащания за трудови злополуки (професионални заболявания), за които съгласно законодателството за чуждестранни пенсии трябва да се плати обезщетение, както за плащания за осигурено време, което трябва да бъде зачетено съгласно законодателството за чуждестранни пенсии.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 17. 12. 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit

Споразумение за провеждане на Спогодбата от 17. 12. 1997 г. между Федерална република Германия и Република България за Социална сигурност

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Bulgarien –

auf der Grundlage des Artikels 24 Absatz 1 des Abkommens vom 17. 12. 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen" bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In den folgenden Bestimmungen werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Aufklärungspflichten

Den nach Artikel 24 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 24 Absatz 4 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 24 Absätze 2 und 4 und in Artikel 17 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Правителството на Федерална република Германия

и

Правителството на Република България –

Съгласно член 24, алинея 1 на Спогодбата от 17. 12. 1997 г. между Федерална република Германия и Република България за социална сигурност, наричана по-долу "Спогодба"

се споразумяха за следното:

Раздел I

Общи разпоредби

Член 1

Определяне на понятията

В настоящите разпоредби се употребяват съдържащите се в Спогодбата понятия в смисъла, определен в същата.

Член 2

Задължения за разясняване

Упоменатите в член 24, алинея 2 на Спогодбата служби за връзка и компетентните немски носители на осигуровки съгласно член 24, алинея 4 от Спогодбата, в рамките на своята компетентност, разясняват правата и задълженията на лицата съгласно Спогодбата.

Член 3

Задължения за уведомяване

(1) Упоменатите в член 24, алинеи 2 и 4 и в член 17 на Спогодбата служби, в рамките на своите компетенции са задължени взаимно да си съобщават фактите, както и да уведомяват засегнатите лица и да си предоставят доказателствени материали, които са необходими за гарантиране на правата и задълженията, произтичащи от упоменатите правни разпоредби в член 2, алинея 1 на Спогодбата, от цялата Спогодба и от това споразумение.

(2) Ако едно лице е задължено, съгласно правните разпоредби, упоменати в член 2, алинея 1 на Спогодбата, съгласно цялата Спогодба или съгласно това споразумение, да съобщи определени факти на носителя или на друга служба, то това задължение е валидно относно съответните факти, съществуващи на територията на другата договаряща се страна или произтичащи от нейните правни разпоредби. Това е валидно и когато лицето е длъжно да предостави доказателствени материали.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Diese muß in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die bulgarischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt das Nationale Versicherungsinstitut, Sofia, diese Bescheinigung aus.

Artikel 5

Zahlverfahren

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen beziehungsweise der zuständigen deutschen Träger nach Artikel 24 Absatz 4 des Abkommens ausgezahlt werden.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Unfallversicherung

Artikel 6

Arbeitsunfallanzeige

Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

Kapitel 2

Verschiedenes

Artikel 7

Statistiken

Die nach Artikel 24 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 24 Absatz 4 des Abkommens erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Abschnitt III

Schlußbestimmung

Artikel 8

Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

Diese Vereinbarung tritt ab dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens in Kraft, sofern beide Vertragsstaaten einander mit-

Член 4

Удостоверяване на приложимите правни разпоредби

(1) В случаите съгласно членове 7, 10 и 11 на Спогодвата, компетентният носител на договарящата се държава, чиито правни разпоредби трябва да се прилагат по молба, издава относно бъдещата работа удостоверение, че работникът и работодателят се подчиняват на тези правни разпоредби. Това удостоверение трябва да е с определен срок на валидност в случаите, съгласно членове 7 и 11 на Спогодбата.

(2) Ако се прилагат германските правни разпоредби, то удостоверението се издава от носителя на здравното осигуряване, на когото се превеждат вноските за пенсионно осигуряване, а в другите случаи от Федералния институт за служащи, Берлин.

(3) Ако се прилагат българските правни разпоредби, то това удостоверение се издава от Националния осигурителен институт.

Член 5

Начин на плащане

Парични плащания на получател на територията на другата договаряща се държава могат да се извършват непосредствено или чрез включване на службите за връзка, респективно компетентния германски носител съгласно член 24, алинея 4 на Спогодбата.

Раздел II

Особени разпоредби

Глава I

Осигуряване при трудова злополука

Член 6

Съовщение за трудова злополука

За съобщението за трудова злополука (професионално заволяване) са валидни правните разпоредби на договарящата се страна, където е осигуровката.

Глава II

Разни

Член 7

Статистика

Установените, съгласно член 24, алинея 2 на Спогодбата, служби за връзка и компетентните германски носители, съгласно член 24, алинея 4 на Спогодбата съставят годишно, съответно към 31 декември, статистически доклад за извършените плащания на пенсии на територията на другата договаряща се страна. Данните по възможност трябва да обхващат броя и общите суми по видове пенсии и обезщетения. Статистическите доклади се разменят.

Раздел III

Заключтелни разпоредби

Член 8

Влизане в сила и валидност на споразумението

Това споразумение влиза в сила в деня на влизане на Спогодбата в сила, ако и двете договарящи се страни взаимно

geteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Hinsichtlich der Vereinbarungsdauer gilt die Dauer des Abkommens.

са се уведомили, че са изпълнени необходимите вътрешнодържавни предпоставки. По отношение валидността на Споразумението е меродавна валидността на Спогодбата.

Geschehen zu Sofia am 17. 12. 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in bulgarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Съставено в София на 17. 12. 1997 г. в два оригинални екземпляра, на немски и български език, като всеки текст има еднаква сила.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
за Федерална република Германия
Peter Metzger
Rudolf Kraus

Für die Regierung der Republik Bulgarien
за Република България
Ivan Nejkov

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Rentenversicherung und in bezug auf die Zahlung von Renten und einmaligen Geldleistungen der Unfallversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten und sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung deutscher und bulgarischer Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor.

Mit dem Abkommen wird auch dem im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Petitionen ergangenen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 1997 (Drucksache 13/7665) Rechnung getragen. Darin wird im Zusammenhang mit der Beendigung u.a. des Sozialversicherungsabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Bulgarien empfohlen, möglichst rasch ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bulgarien abzuschließen.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. In Absatz 2 ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das innerstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen deutschen Vorschriften über Wanderarbeitnehmer einbezogen sind. Nach Buchstabe b sind bestimmte beitragsunabhängige Leistungen der bulgarischen Rentenversicherung ebenfalls nur in eingeschränktem Umfang in das Abkommen einbezogen.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten auch bei Aufenthalt in einem dritten Staat vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Danach ist für bulgarische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Bulgarien das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u.a. an die Voraussetzungen einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung geknüpft.

Durch den Buchstaben d ist sichergestellt, daß bulgarische Renten deutschen Staatsangehörigen und Staatsangehörigen der Vertragsstaaten mit Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten auch bei Aufenthalt im Drittstaat gewährt werden.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Nummer 5 des Schlußprotokolls zum Abkommen enthält hierzu ergänzende Regelungen.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und bulgarischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Damit wird eine Doppelversicherung vermieden.

Die Bestimmungen werden durch die Nummer 4 Buchstabe a des Schlußprotokolls ergänzt. Danach finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterstellt sind, auch dessen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht im Bereich der Arbeitslosenversicherung Anwendung. Damit unterliegen alle Personen, die vom Abkommen erfaßt werden, im Bereich der Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung nur den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats.

Nach Artikel 6 finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats über die Versicherungspflicht Anwendung, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 5 bis 8 des Schlußprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die aufgrund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und läßt abweichende Vereinbarungen zu.

Die Artikel 12 und 13 enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 13, daß bei der Prüfung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Berufskrankheit gesundheitsgefährdende Beschäftigungen im anderen Vertragsstaat mit berücksichtigt werden.

Die Artikel 14 bis 16 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 14 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und bulgarischen Rentenversicherung

zurückgelegt sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 15 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 16 nähere Regelungen für die Anwendung der bulgarischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 17 bis 27 enthalten Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 28 bis 31 enthalten Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Denkschrift zur Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren über die Zahlung von Renten in den anderen Vertragsstaat.

Nach Artikel 1 haben die Ausdrücke in der Vereinbarung die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt vor allem für in das Gebiet des anderen Vertragsstaats entsandte Arbeitnehmer die Erteilung von Bescheinigungen über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des sog. Entsendestaates.

Artikel 5 regelt das Verfahren bei Zahlungen durch einen Versicherungsträger in das Gebiet des anderen Vertragsstaats, d.h. die Möglichkeit der Zahlung über eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an den Berechtigten.

Artikel 6 regelt die Anzeigepflicht im Falle eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit.

In Artikel 7 ist festgelegt, daß jährliche Statistiken über die in den jeweils anderen Vertragsstaat vorgenommenen Rentenzahlungen ausgetauscht werden.

Artikel 8 enthält die üblichen Schlußbestimmungen. Danach ist die Gültigkeit der Durchführungsvereinbarung an die Gültigkeit des Abkommens geknüpft.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 82114095 4. 98
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333